

## **N i e d e r s c h r i f t**

über die Sitzung des Stadtrates  
am Mittwoch, den 09.06.2021, um 19:00 Uhr  
in der Aula der Von-Ravensberg-Schule, Schulstraße 8, 49593 Bersenbrück.  
**(STR/039/2021)**

### **Anwesend:**

Vorsitzende/r  
Klütsch, Christian

Mitglieder  
Buitmann, Franz  
Heuer, Andreas  
Hugenberg, Holger  
Koop, Johannes  
Krasniq, Besian  
Krusche, Manfred  
Krüsselmann, Ulrich  
Menslage, Heike  
Middelschulte, Elisabeth  
Oeverhaus, Nikodemus  
Paulsen, Holger  
Rathmann, Wolfgang  
Rauf, Jürgen  
Reynders, Daniel  
Schaffert, Ralph-Erik  
Stehle, Andre  
Strehl, Michael  
Uphoff, Gerd  
von der Haar, Andrea  
Weissmann, Josef  
Wiewel, Franz  
Zander, Steffen

von der Verwaltung  
Wesselkämper, Phil

Protokollführer/in  
Duchow, Uwe

Gäste  
Frau Degner Büro IGfAU, Melle

Herr Pelzer, Büro IGfAU, Melle

## Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit der Ratsmitglieder, der Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Bürgermeister Klütsch eröffnet um 19:02 Uhr die heutige Sitzung des Stadtrates. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, den Vertreter der Presse Herrn Schmitz sowie alle Zuhörer/innen recht herzlich und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ratsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Zur Tagesordnung teilt Bürgermeister Klütsch mit, dass der Tagesordnungspunkt 7 „Grundstückstauschvertrag Wasserverband Bersenbrück: Flst. 23/1 u. 23/3 Flur 5 Gemarkung Bersenbrück ("Teilfläche Alte Kläranlage") zur Größe von 945 m<sup>2</sup> u. 4.759 m<sup>2</sup> Flst. 9/8 Flur 14 Gemarkung Bersenbrück ("Hochzeitswald") zur Größe von 2.503 m<sup>2</sup>, Vorlage: 2478/2021“ von der Tagesordnung genommen wird.

Es sollen weitere Erkenntnisse eingeholt und die Ergebnisse der Gutachten abgewartet werden, so dass noch Beratungsbedarf besteht. Des Weiteren liegt ein Förderprogramm der N-Bank vor, das Fördermittel für die Altlastensanierung von Grundstücken vorsieht (Brachflächenrecycling).

Daher wird dieser Punkt in die Fraktionen zur Beratung verwiesen.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte rücken um eine Position auf.

Danach wird die geänderte Tagesordnung einstimmig genehmigt.

### 2. Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung vom 18.02.2021

Bürgermeister Klütsch bittet um Wortmeldungen, ob gegen Form und Inhalt der Niederschrift Bedenken erhoben werden.

Da es keine Wortmeldungen gibt, wird der öffentliche Teil der Niederschrift einstimmig genehmigt.

**3. Neubau Kita Waldweg  
hier: Vorstellung des Untersuchungsergebnisses der Orientierenden  
Bodenuntersuchung sowie des Flächenentwicklungskonzeptes durch  
das Büro IGfAU, Melle  
Vorlage: 2477/2021**

Bürgermeister Klütsch begrüßt Frau Degner und Herrn Pelzer vom Ingenieurbüro IGfAU aus Melle.

Frau Degner und Herr Pelzer stellen die Ergebnisse der Orientierenden Bodenuntersuchung in Form einer Power-Point-Präsentation vor.

Die auf dem südlichen Teil des Grundstücks „Alte Kläranlage“ befindliche Schotterablagung sowie nicht einbaufähige Bauschuttreste müssen abgetragen und entsorgt werden. Bauschuttmaterialien von den Tiefenfundamenten der ehemaligen Anlage müssen zurückgebaut werden.

Faul- bzw. Klärschlämme wurden nicht vorgefunden. Die alten Klärbecken wurden seinerzeit mit Ziegelbruch und Bauschutt verfüllt.

Die weitere Vorgehensweise sieht eine Auskoffierung des Bodens bis zu einer Tiefe von einem Meter im Schnitt vor. Nichtwiederverwendbares Material, wie z. B. die Hochofenschlacke, wird gesondert entsorgt. Über dem wiederverwendbaren Material soll ein Vlies eingebaut und von Fundament und Pflasterung abgedeckt werden.

Aus städtebaulicher Sicht erfolgt eine sinnvolle Aufwertung der Fläche in Form eines Brachflächenrecycling.

Von einer Gefährdung der Kinder durch kontaminierten Boden ist nicht auszugehen.

Ratsherr Krusche teilt mit, dass es sich bei der Entsorgung des nichtwiederverwertbaren Materials ggf. um eine Sondermüllentsorgung handelt, die bekanntlich sehr teuer ist. Er fragt an, wie hoch die Kosten sind.

Herr Pelzer weist darauf hin, dass es sich hierbei um gefährliche Stoffe und nicht um Sonderabfall handelt. Hauptbestandteil dieses Materials ist die Hochofenschlacke. Diese wird von dafür geeigneten Deponien aufgenommen und von speziellen Firmen aufbereitet. Eine Kostenanalyse ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Ratsherr Schaffert erläutert die geschichtliche Entwicklung der alten Kläranlage. Er ist der Ansicht, dass die Stadt, die damals die Anlage gebaut hat, auch für die Altlastenentsorgung aufkommen muss.

Ratsherr Rathmann gibt zu bedenken, dass die zu entsorgenden Materialien Teeröle enthalten. Eine Untersuchung des Grundwassers ist nicht erfolgt. Bei dem Gutachten handelt es sich um ein vorläufiges Gutachten. Es enthält viele ungeklärte Fragen, so dass weitere Untersuchungen notwendig sind. Zusammenfassend ist aus dem Gutachten erkennbar, dass eine Gefährdung für die Kinder gegeben ist. Die UWG-Fraktion hält daher eine Bebauung dieser Fläche mit einer Kindertagesstätte für völlig ungeeignet.

Dem entgegnet Herr Pelzer, dass eine Sanierung durchgeführt wird und alle belasteten Materialien, die nicht einbaufähig sind, abgetragen und entsorgt werden. Dazu gehören

auch die mit Teerinhaltstoffen kontaminierten Bodenanteile. Herr Pelzer versichert, dass der Boden perfekt aufbereitet wird und absolut keine Gefährdung für Kinder darstellt. Die Kosten für eine Sanierung sowie ein geologisches Gutachten bezüglich der Gründung sind Bestandteil des Flächenentwicklungskonzeptes.

Die Ratsherrn Wiewel und Paulsen halten das Grundstück ebenfalls für ungeeignet und schlagen vor, Alternativstandorte zu suchen.

Ratsherr Uphoff hält die Fläche generell für geeignet. Eine Gefährdung der Kinder muss zu 100 Prozent ausgeschlossen werden. Die Kosten für eine Sanierung sowie weitere Untersuchungsergebnisse ergeben sich aus dem noch zu erstellenden Flächenentwicklungskonzept.

Auf die Frage des Herrn Uphoff nach der Höhe einer Bezuschussung teilt Außenstellenleiter Wesselkämper mit, dass aus einem Programm der N-Bank bis zu 75 Prozent nicht-rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden könnten. Diesbezüglich habe er bereits Kontakt mit der N-Bank aufgenommen.

Ratsfrau Von der Haar schlägt vor, den Ratsmitgliedern eine Kostenaufstellung, aus der die Kosten für die Entsorgung und weitere Gutachten ersichtlich sind, zur Verfügung zu stellen. Die Höhe der Bezuschussung ist dieser Aufstellung gegenüber zu stellen.

Abschließend teilt Bürgermeister Klütsch mit, dass noch viele Punkte ungeklärt sind. Daher wurde der Grundstückserwerb auch von der Tagesordnung genommen und in die Fraktionen zur weiteren Beratung verwiesen. Zunächst ist ein Flächenentwicklungskonzept zu erarbeiten. Danach sind Kosten und Nutzen gegenüberzustellen. Erst wenn alle strittigen Fragen geklärt sind, kann die Fläche erworben werden. Die benachbarte Feuerwehr wurde über die Planungen in Kenntnis gesetzt. Seitens der Feuerwehr bestehen keine Bedenken.

Ergänzend teilt Ratsfrau Middelschulte mit, dass aufgrund der bestehenden Zweifel weiterhin nach einem geeigneteren Grundstück für eine Kindertagesstätte gesucht werden sollte.

#### **4. Bericht des Bürgermeisters**

Bürgermeister Klütsch berichtet:

An die Freiwillige Feuerwehr und allen Helfern wird ein Dankeschön für die freiwillige Unterstützung bei der Impfaktion im Gymnasium und den Arztpraxen gerichtet.

Sein Dank gilt einem Lehrling der Firma Wiegmann und dem Arbeitskreis für die Erstellung und Aufstellung der Stehle zur 800 Jahrfeier auf dem Kreisel am Logistikzentrum und der Firma Wiegmann für die großzügige Spende.

Die Schützenfeste, außer ASIWA, wurden abgesagt.

Die Rasenfläche des TUS Bersenbrück wurde durch die Firma Heiler saniert.

Das Freibad ist wieder geöffnet.

Die Autoschau im September wurde aufgrund des nicht einhaltbaren Hygienekonzeptes abgesagt.

Die Freigabe des Spielplatzes am Heinrichsee und der Spielfläche an der Lindenstraße erfolgt am Freitag, den 11.06.2021 um 15:00 Uhr.

Bezüglich der erfolgten Vorstellungen für ein Bauvorhaben am Wasserkamp durch einen potentiellen Investor teilt er mit, dass es sich hierbei zunächst um private Planungen des Eigentümers und des Investors handelt. Diese ersten Entwürfe sind dem Fachausschuss vorgestellt worden, es sind jedoch noch keinerlei Verträge oder Beschlüsse hierzu gefasst worden.

## **5. Bericht der Verwaltung**

### **a) Ferienspaß 2021**

Außenstellenleiter Wesselkämper teilt mit, dass das Ferienspaß-Programm freigegeben wurde. Anmeldungen können über folgende Internetseite vorgenommen werden:

<https://ferien.sgbsb.de/home>

Bis zum 20.06.2021 können sich die Kinder noch einbuchen. Danach wird die Zuteilung durch das Programm vorgenommen.

### **b) Baumaßnahme Dorf Priggenhagen/Priggenhagener Straße**

Außenstellenleiter Wesselkämper gibt bekannt, dass die o.g. Baumaßnahme diesen Sommer begonnen werden soll. Geplanter Baubeginn soll der Start der Sommerferien sein, um den Schulbusverkehr möglichst wenig zu beeinträchtigen. Die Baumaßnahme soll in zwei Abschnitten durchgeführt werden.

### **c) Naturstadt-Projekt „Naturnahes Wohngebiet Woltruper Wiesen V“**

Außenstellenleiter Wesselkämper führt aus, dass die Umsetzungsvereinbarung zum o.g. Projekt mittlerweile unterzeichnet worden ist. Das Preisgeld in Höhe von 25.000 € wurde seitens der Verwaltung angefordert und wird in den nächsten Wochen erwartet.

Mit dem Kooperationspartner Biologische Station Haseniederung soll nun die weitere Projektplanung vorangetrieben und konkretisiert werden. Die Verwaltung ist vorsichtig optimistisch, bald – je nach Entwicklung der Pandemie und der weiteren Bauleitplanung – erste Veranstaltungen/Projekte planen zu können.

Ein erstes Vernetzungstreffen zwischen den beteiligten Kommunen und Verbänden als

Preisträger des Projektes hat bereits stattgefunden.

d) Antrag Bündnis 90/Die Grünen: Arbeitseinsatz Spielfläche Lindenstraße

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Verwaltung die Bitte übersandt, auf der Spielfläche Lindenstraße einen Arbeitseinsatz zu organisieren. Hierzu kann Folgendes mitgeteilt werden:

Die Eigentümerin des Grundstücks (HaseWohnbau GmbH) hat der Stadt Bersenbrück die Fläche für die temporäre Nutzung als Spielfläche zur Verfügung gestellt. Es wurde jedoch deutlich kommuniziert, dass Fundamente und fest installierte Spielgeräte auf der Fläche nicht gewünscht sind. Daher kommt die Installation von Spielgeräten o.ä. nicht in Frage.

Die Gestaltung der Fläche ist dahingehend seitens der Stadt abgeschlossen, als dass der Rasen eingesät wurde und dieser die letzten Wochen angegangen ist. Eine Begehung der Fläche war in den letzten Wochen nicht möglich bzw. angedacht.

Der Plan ist, dass die Fläche nach Freigabe durch die Stadt von den Bürger\*innen eigenständig genutzt wird und mögliche Spielgeräte eigenverantwortlich organisiert und mitgebracht werden. Sollte seitens der Fraktionen im Stadtrat angedacht sein, Spielzeug zur Verfügung zu stellen, müssten hierfür entsprechende Lagerkapazitäten vorgehalten werden. Dies wäre in Absprache mit dem Bauhof und der Eigentümerin zu prüfen.

Aus versicherungstechnischen Gründen ist es zudem nicht möglich, die Gerätschaften des Bauhofes für Arbeiten Dritter zur Verfügung zu stellen.

Summa summarum ist die Durchführung eines Arbeitseinsatzes auf der Fläche Lindenstraße leider nicht durchführbar.

Ratsherr Buitmann regt an, die Ferienspaßaktionen mit Terminen in der Presse bekannt zu geben.

Ratsherr Krasniq lobt den Arbeitseinsatz der CDU an der Spielfläche in der Lindenstraße. Dort wurde ein Blühstreifen angelegt. Er bittet darum, bei ähnlichen zukünftigen Aktionen auch die anderen Fraktionen im Stadtrat zu informieren.

Ratsfrau Middelschulte teilt zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu einem Arbeitseinsatz auf der v. g. Fläche mit, dass dieser nicht den Aufbau von fest installierten Spielgeräten beinhaltet. Vielmehr sei daran gedacht worden, Überlegungen mit allen Ratsmitgliedern anzustellen, das Grundstück mit beispielsweise Sitzgelegenheiten oder kleineren, beweglichen Spielgeräten (Sandspielzeug) zu bestücken.

Bürgermeister Klütsch weist darauf hin, dass nicht der Rat für die Nutzung dieser Spielfläche verantwortlich ist. Wenn die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Spielzeug zur Verfügung stellen will, spricht nichts dagegen.

## **6. Berichte der Ausschüsse**

### **6.1. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planen und Umwelt vom 16.03.2021**

Ausschussvorsitzender Strehl berichtet über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planen und Umwelt vom 16.03.2021.

Anschließend wird die Niederschrift des Ausschusses, mit Ausnahme der Tagesordnungspunkte, die noch gesondert in der Sitzung behandelt werden, zustimmend zur Kenntnis genommen.

#### **6.1.1. Bebauungsplan Nr. 121 "Ankumer Straße" hier: Abwägungs- und Satzungsbeschluss Vorlage: 2361/2021**

Bürgermeister Klütsch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Ratsherr Krusche bemängelt, dass die Pläne mit der entsprechenden Darstellung der Gebäude nicht bildlich vorgestellt wurden. Es wäre, auch für die Zuschauer interessant, zu wissen, wo die neuen Gebäude stehen werden.

Bürgermeister Klütsch stellt klar, dass es sich um die Aufstellung eines Bebauungsplanes handelt. Dieser beinhaltet nicht die konkrete Bebauung der Grundstücke. Dies obliegt dem Bauherrn. Hier geht es lediglich um einen Abwägungs- und Satzungsbeschluss zu einem Bebauungsplan.

Ratsherr Krusche teilt mit, dass zu dem Bebauungsplan offiziell als Anlage ein Bebauungs- und Erschließungskonzept gehört. Dieses ist in der letzten Bauausschusssitzung nicht vorgestellt worden. Daher habe er erwartet, dass das Konzept in der heutigen Ratssitzung der Öffentlichkeit bekannt gegeben wird.

Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass das Bebauungskonzept nur einen Entwurf darstellt und bereits überholt sei.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

#### **a) Abwägungsbeschluss:**

„Die in den Stellungnahmen zu dem Bebauungsplan Nr. 121 „Ankumer Straße“ enthaltenen Anregungen werden gemäß dem vorliegenden Abwägungsvorschlag abgewägt.“

**b) Satzungsbeschluss:**

„Der Bebauungsplan Nr. 121 „Ankumer Straße“, bestehend aus der Planzeichnung und den textlichen planungsrechtlichen und baugestalterischen Festsetzungen, wird als Satzung beschlossen und die Begründung dazu anerkannt.“

**6.2. Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Senioren und Sport vom 19.04.2021**

Die Ausschussvorsitzende, Ratsfrau Menslage, berichtet über die letzte Ausschusssitzung.

Anschließend wird die Niederschrift des Ausschusses, mit Ausnahme der Tagesordnungspunkte, die noch gesondert in der Sitzung behandelt werden, zustimmend zur Kenntnis genommen.

**6.2.1. Einzäunung Platz 3 des TuS Bersenbrück hier: Antrag vom 11.03.2021 Vorlage: 2424/2021**

Bürgermeister Klütsch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Stadt Bersenbrück gewährt im Jahr 2021 einen einmaligen Zuschuss zur Einzäunung des Platz 3 des TuS Bersenbrück in Höhe von 20 % der nachgewiesenen Kosten, max. 4.792,56 €. Die Mittel stehen im Haushaltsjahr 2021 zur Verfügung.“

**6.2.2. Bau eines Brunnen für den FC Talge hier: Antrag vom 04.04.2021 Vorlage: 2425/2021**

Bürgermeister Klütsch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Er teilt mit, dass die Mittel nicht mehr im Haushalt 2021 zur Verfügung stehen. Der FC Talge soll jedoch den Zuschuss in 2022 erhalten. Daher soll der Betrag auch bereits in

den Haushalt 2022 eingeplant werden.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Die Stadt Bersenbrück gewährt im Jahr 2021 einen einmaligen Zuschuss für den Bau eines Brunnens für den FC Talge in Höhe von 20 % der nachgewiesenen Kosten, max. 5.063,49 €. Die Mittel stehen im Haushalt 2021 nicht zur Verfügung und sollen in den Haushalt 2022 eingeplant und bereitgestellt werden. Eine Auszahlung der Mittel kann daher erst nach Genehmigung des Haushalt 2022 erfolgen.“

**6.3. Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Stadtmarketing, Paten- und Partnerschaften und Kultur vom 06.05.2021**

Bürgermeister Klütsch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Ausschussvorsitzender Krasniq berichtet über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen Wirtschaft, Tourismus, Stadtmarketing, Paten- und Partnerschaften und Kultur vom 06.05.2021.

Anschließend wird die Niederschrift des Ausschusses, mit Ausnahme der Tagesordnungspunkte, die noch gesondert in der Sitzung behandelt werden, zustimmend zur Kenntnis genommen.

**6.3.1. Sanierung Fußweg in der Hemke  
Antrag SPD-Fraktion v. 08.01.2021  
Vorlage: 2460/2021**

Bürgermeister Klütsch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig folgenden Beschluss:

„Der Antrag der SPD-Fraktion wird in die angedachte Klausurtagung zum Thema „Stadtentwicklungsplan“ verwiesen. Die Themen Stadtwald, Erholung und naturnahe Wanderwege sollen ausgelotet und beraten werden.“

**6.3.2. Barrierefreier Bahnhof  
Antrag der SPD-Fraktion v. 04.02.2021  
Vorlage: 2461/2021**

Bürgermeister Klütsch ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Ratsherr Krasniq trägt vor, dass die SPD-Fraktion immer noch daran interessiert ist, den Bahnhof barrierefrei zu gestalten und mit einem Aufzug zu versehen. Die SPD-Fraktion sieht hier die Stadt Bersenbrück federführend in der Verantwortung. Herr Krasniq appelliert daher an die Ratsmitglieder, sich nicht dem Beschluss des Fachausschusses anzuschließen.

Ratsherr Uphoff teilt mit, dass der Eindruck erweckt wird, die Stadt sei für den Aufzug zuständig. Er stellt klar, dass es sich hierbei um eine Angelegenheit des Betreibers, der Deutschen Bahn, handelt. Es existiert ein Beschluss, dass die Stadt einen Investitionszuschuss gewährt. Der laufende Betrieb muss von der Bahn sichergestellt werden.

Nach eingehender Diskussion stellt Bürgermeister Klütsch fest, dass keine neuen Erkenntnisse vorliegen.

Danach beschließt der Rat der Stadt Bersenbrück mehrheitlich mit 16 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen dem Beschluss des Fachausschusses zu folgen und den Antrag der SPD-Fraktion v. 04.02.2021 „Barrierefreier Bahnhof“ abzulehnen.

**6.3.3. Markenauftritt Stadt Bersenbrück; Hier: Vorstellung Logoentwürfe  
durch den Medienpark Anikum**

Bürgermeister Klütsch ruft den Tagesordnungspunkt auf und teilt mit, dass man sich im Fachausschuss auf ein neues Logo geeinigt habe. Es handelt sich um das gleiche Logo, das zur 800-Jahrfeier vorgestellt wurde. Nach Ablauf des Jubiläumsjahres wird die Zahl „800“ durch die Buchstaben „BSB“ ersetzt.

Ratsherr Krasniq bedankt sich bei der Planungsgruppe und stellt das neue Logo vor.

Ratsherr Krusche ist ein Bekenner des alten Logos und wirbt für die Beibehaltung des alten Logos „Bersenbrück verbindet“.

Ratsfrau Von der Haar ergänzt, dass es nicht nur um das Logo geht, sondern auch um das ganze Konzept „Markenauftritt“.

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück mit 20 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich folgenden Beschluss:

„Das vorgestellte neue Logo der Stadt Bersenbrück wird beschlossen. Das Logo kann auf Antrag von Vereinen und Verbänden verwendet werden. Der neu gewählte Rat soll

darauf fußend eine Neukonzeption des Markenauftritts unter dem Motto „überraschend bunt“ schaffen.“

#### **6.4. Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planen und Umwelt vom 01.06.2021**

Ausschussvorsitzender Strehl berichtet über die Ausschusssitzung des Ausschusses für Bauen, Planen und Umwelt vom 01.06.2021. Hauptthema war das geplante Bauvorhaben am Wasserkamp. Herr Strehl bittet in dieser Angelegenheit um etwas mehr Gelassenheit.

Da keine Beschlüsse gefasst wurden, nimmt der Rat der Stadt Bersenbrück die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Planen und Umwelt vom 01.06.2021 zustimmend zur Kenntnis.

#### **7. Klarstellender Beschluss: Gehwegarbeiten zwischen Bramscher Str. 16 und 20** **Vorlage: 2503/2021**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übergibt Bürgermeister Klütsch die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Bürgermeister Herrn Koop.

Stv. Bürgermeister Koop erläutert die Beschlussvorlage. Er schildert den Sachverhalt und den Verfahrensablauf.

Die Entscheidung ist bereits vom Grundsatz her im Jahr 2017 gefallen. Basierend auf einem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Dezember 2020 wurde die Vergabe durch die Verwaltung geprüft. Daraufhin hat die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen über einen Rechtsanwalt die Kommunalaufsicht eingeschaltet. Diese hat die Stadt aufgefordert, eine Stellungnahme abzugeben. 2017 hat man sich im Bauausschuss geeinigt, den Gehweg zwischen Bramscher Straße 16 und 20 nicht in einer Breite von 5,00 Metern auszubauen. Der Sanierungsplan sah lediglich vor, den rückwärtigen Parkplatz zu erreichen. Bei einer Breite von 5,00 könnte dieser Weg jedoch schnell als Ausweichstraße missbraucht werden. Daher wollte man diesen Weg etwas schmaler gestalten. Leider hat man im Beschluss eine missverständliche Formulierung in der Form gewählt, dass der Einbau eines Beetes nicht mit aufgeführt wurde. Hier sieht das Gesetz vor, diese Unklarheit durch einen sogenannten klarstellenden Beschluss zu bereinigen. Es handelt sich in diesem Fall nicht um einen neuen Sachverhalt, sondern um eine deklaratorische Feststellung des bereits Beschlossenen.

Ratsherr Uphoff hat für die Vorgehensweise der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen kein Verständnis. Mit mehr Bürokratie bringt man die Stadt nicht voran. Seiner Ansicht nach ist die Gestaltung des Weges sehr gut gelungen und der Bürgermeister habe eigentlich

ein Lob verdient, anstatt ihn zu verurteilen.

Ratsherr Weissmann bemängelt die Beschlussvorlage. Es liegt kein Ratsbeschluss, sondern lediglich ein empfehlender Beschluss des Fachausschusses vor. Herr Weissmann ist der Ansicht, die Beschlussvorlage entspreche nicht der Wahrheit und man gehe von falschen Voraussetzungen aus. In den umfangreichen Ausführungen des Sachverhaltes werden ausschließlich Ansichten der CDU-Fraktion dargestellt.

Ratsfrau Middelschulte trägt für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen eine Stellungnahme in Zusammenhang mit dem Verfahren vor, aus der sich ergibt, dass die Fraktion das vorgeschlagene Vorgehen als fragwürdig ansieht und nach ihrer Beurteilung rechtswidrig ist.

Ratsherr Rathmann teilt mit, dass zu dem Verfahren noch eine abschließende Stellungnahme der Kommunalaufsicht fehlt.

Auf Anfrage des Herrn Rathmann teilt Vorsitzender Koop mit, dass es sich nicht um einen neuen Beschluss handelt, sondern um eine Klarstellung, was der Rat 2017 mit seinem Einvernehmen zum abgesprochenen Vorgehen im Bauausschuss, im Beschluss des Fachausschusses und im Stadtratsbeschluss nicht klar und deutlich formuliert hat. Ratsherr Rathmann beantragt für die UWG-Fraktion und auch im Sinne des Bürgermeisters, die Entscheidung der Kommunalaufsicht zunächst abzuwarten und heute keinen Beschluss zu fassen.

Ratsfrau Menslage erinnert sich an die damalige Bauausschusssitzung. In dieser Sitzung hat man sich gemeinschaftlich für die Anlegung eines Beetes entschieden. Daher sollte dem Bürgermeister endlich Entlastung erteilt werden.

Ratsfrau Von der Haar schließt sich den Worten des Herrn Rathmann an und trägt den Wortlaut des Beschlusses aus dem Bauausschuss vor. Sie kommt zum Ergebnis, dass seinerzeit eine Beetanlage im Beschluss nicht festgehalten wurde. Zudem wurde in der anschließenden Ratssitzung zu dieser Thematik kein separater Beschluss gefasst. Daher sollte die ausstehende Entscheidung der Kommunalaufsicht abgewartet werden.

Abschließend lässt Vorsitzender Koop zunächst über den Antrag des Ratsherrn Rathmann abstimmen.

Ratsfrau Middelschulte beantragt sowohl für den Antrag des Herrn Rathmann als auch für die Beschlussvorlage namentliche Abstimmung.

Diesem Antrag wird stattgegeben.

Danach beschließt der Rat der Stadt Bersenbrück in einer namentlichen Abstimmung mehrheitlich mit 10 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und einer Enthaltung den Antrag des Ratsherrn Rathmann abzulehnen.

Die namentliche Abstimmung stellt sich wie folgt dar:

<u>Ja-Stimmen</u>	<u>Nein-Stimmen</u>	<u>Enthaltungen</u>
RH. Rathmann	RH. Koop	Bgm. Klütsch
RF. V. d. Haar	RH. Buitmann	

RH. Zander	RH. Uphoff
RF. Middelschulte	RH. Rauf
RH. Weissmann	RH. Krüsselmann
RH. Wiewel	RH. Heuer
RH. Krusche	RH. Hugenberg
RH. Krasniq	RF. Menslage
RH. Oeverhaus	RH. Schaffert
RH. Paulsen	RH. Reynders
	RH. Strehl
	RH. Stehle

Danach fasst der Rat der Stadt Bersenbrück in namentlicher Abstimmung mehrheitlich mit 12 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen folgenden Beschluss:

a) „Der Rat der Stadt Bersenbrück stellt klarstellend fest, dass 2017 auf Empfehlung des Ausschusses für Bauen, Planen und Umwelt (Sitzung vom 04.05.2017) vom Rat am 15.06.2017 beschlossen wurde: Auf dem Grundstück Bramscher Straße 20 erfolgt die Anlage von Grünanlagen. Die weitere Planung und Umsetzung der Maßnahme erfolgt durch die Verwaltung und den Bürgermeister.“

Das Gehrecht zugunsten der Allgemeinheit zwischen der Bramscher Straße 16 und 20 ist lt. rechtsverbindlichem Bebauungsplan Nr. 96 „Sanierungsgebiet Innenstadt“ mit einer Breite von 5 m (2,50 m Bramscher Straße 16 sowie 2,50 m Bramscher Straße 20) festgesetzt. Der Bereich Bramscher Straße 16 ist bereits in einer Breite von 2,50 m gepflastert.

Um einem städtebaulichen Missstand vorzubeugen und die Durchfahrt für den PKW-Verkehr zu verhindern, wird der Bereich Bramscher Straße 20 mit einer Beetanlage versehen und nicht gepflastert.

Die Vergabe der Arbeiten zur Gestaltung einer Beetanlage im Durchgang zwischen der Bramscher Straße 16/20 und dem Parkplatz an der Buddenbergstraße werden an die Fa. Borgmann Garten- & Landschaftsbau GmbH, Anklam zum Angebotspreis in Höhe von 8.073,44 € brutto vergeben.

Analog des Vorgehens im Sanierungsverfahren Bersenbrück – Innenstadt sind die Arbeiten auf Kosten der Stadt Bersenbrück durchzuführen.

Zwischen dem Eigentümer Bramscher Str. 20 und der Stadt Bersenbrück wird ein städtebaulicher Vertrag geschlossen, um die o.g. Anlegung der Beetanlage vertraglich zu sichern. Die Pflege der Beetanlage übernimmt der Eigentümer Bramscher Str. 20.“

b) „Das Vorgehen des Bürgermeisters bei der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 15.06.2017 ist aus Sicht des Rates der Stadt Bersenbrück dienstrechtlich nicht zu beanstanden.“

Die namentliche Abstimmung stellt sich wie folgt dar:

<u>Ja-Stimmen</u>	<u>Nein-Stimmen</u>	<u>Enthaltungen</u>
RH. Koop	RH. Rathmann	Bgm. Klütsch
RH. Buitmann	RF. V. d. Haar	RH. Paulsen
RH. Uphoff	RH. Zander	
RH. Rauf	RF. Middelschulte	
RH. Krüsselmann	RH. Weissmann	
RH. Heuer	RH. Wiewel	
RH. Hugenberg	RH. Krusche	
RF. Menslage	RH. Krasniq	
RH. Schaffert	RH. Oeverhaus	
RH. Reynders		
RH. Strehl		
RH. Stehle		

8. **Anträge der Fraktionen**
- a) Rückkauf der Fläche Hülsmann GbR am Kartel; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
- b) Querungssicherheit an der L107 u. B214; Antrag der SPD-Fraktion**
- c) Verkehrsberuhigung B214 im Ortsbereich; Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**
- d) Grundsatzbeschluss Naturnahe Pflege vom kommunalen Flächen; Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**
- e) Grundsatzbeschluss Klimafolgenanpassung; Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**
- f) Antrag zur Finanzierung eines Prüfauftrages sowie investiver Mittel für den Ausbau von**  
**Barrierefreiheit und für ein Konzept zum Ausbau von Radwegen; Antrag der Fraktion Bündnis**  
**90/Die Grünen**
- g) Veröffentlichung des Entwurfes des Stadtentwicklungskonzeptes; Antrag der SPD- Fraktion**
- h) Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung; Antrag der SPD-Fraktion**
- i) Gastronomieangebot in der Makrtschule; Antrag der CDU-Fraktion**
- j) Erstellung eines Skaterparks; Antrag der CDU-Fraktion**  
**Vorlage: 2502/2021**

Bürgermeister Klütsch übernimmt die Sitzungsleitung und ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Danach beschließt der Rat der Stadt Bersenbrück einstimmig, die Anträge der Fraktionen wie folgt den Fachausschüssen zuzuordnen:

**1. Verwaltungsausschuss:**

- Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung; Antrag der SPD-Fraktion

## **2. Ausschusses für Bauen, Planen und Umwelt:**

- Verkehrsberuhigung B214 im Ortsbereich; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- Querungssicherheit an der L107 u. B214; Antrag der SPD-Fraktion
- Grundsatzbeschluss „Naturnahe Pflege von kommunalen Flächen“; Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
- Grundsatzbeschluss „Klimafolgenanpassung“; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- Veröffentlichung des Entwurfes des Stadtentwicklungskonzeptes; Antrag der SPD- Fraktion

## **3. Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus, Stadtmarketing, Paten- und Partnerschaften und Kultur:**

- Rückkauf der Fläche Hülsmann GbR am Kartel; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Antrag zur Finanzierung eines Prüfauftrages sowie investiver Mittel für den Ausbau von Barrierefreiheit und für ein Konzept zum Ausbau von Radwegen; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
- Gastronomieangebot in der Makrtschule; Antrag der CDU-Fraktion

## **4. Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Senioren und Sport**

- Erstellung eines Skaterparks; Antrag der CDU-Fraktion

## **9. Anfragen und Anregungen**

Ratsherr Wiewel regt bei Erwerb der Fläche „Alte Kläranlage“ vom Wasserverband an, dass dieser auch für die Entsorgung der Altlasten aufkommen muss. Das Grundstück ist in einem einwandfreien Zustand an den Käufer zu übertragen.

Weiterhin stellt Herr Wiewel die Frage, ob von der Pumpstation Lärmbelästigungen ausgehen.

Er verweist auf seinen Vorschlag, im neuen Baugebiet Hertmann II oder auf geeigneten Flächen nach einer Alternativlösung für eine Kindertagesstätte zu suchen.

Ferner fragt Herr Wiewel an, ob das Gutachten für die Öffentlichkeit zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt wird.

Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass die Altlastenentsorgung und die Finanzierung für das Grundstück „Alte Kläranlage“ geprüft wird.

Zu einer Alternativfläche weist Bürgermeister Klütsch darauf hin, dass die Stadt die Kaufverhandlungen aufgrund wirtschaftlicher Gesichtspunkte einstellen musste und die Fläche zudem bauleitplanerisch noch nicht überplant wurde. Die Fläche am Wasserkamp als Kita-Standort zusammen mit sozialem Wohnungsbau zu gestalten erweist sich als schwierig. Das Grundstück wird zu klein. Die Fläche am Bokeler Esch kommt ebenfalls nicht in Frage, da die Stadt hier die Vorgaben für eine Kindertagesstätte nicht erfüllen kann.

Abschließend regt Ratsherr Wiewel beim neuen Baugebiet „Hertmann II“ an, etwas mehr Druck zu machen.

Ratsfrau Middelschulte erkundigt sich, ob der Hochzeitswald in der bestehenden Form erhalten bleibt.

Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass der Hochzeitswald bestehen bleibt und keine andere Nutzung vorgesehen ist. Dies soll vertraglich abgesichert werden.

## **10. Einwohnerfragestunde**

Auf die Anfrage eines Bürgers nach Einrichtung eines Frühwarnsystems durch die Stadt Bersenbrück bei Starkregenereignissen teilt Bürgermeister Klütsch mit, dass diese Ereignisse nicht vorhersehbar sind. Daher ist für diese Fälle mit der Einrichtung eines Warnsystems durch die Stadt nicht zu rechnen. Er verweist aber auf die einschlägigen Apps` s wie z. B. „KATWarn“.

Eine Anwohnerin der Gehrder Straße beklagt sich über den zunehmenden Verkehr und die Lärmbelästigung. Zudem sind Schäden an den Häusern in Form von Rissen durch die Erschütterung der vorbeifahrenden LKW zu verzeichnen. Sie fragt an, ob hier eine Beruhigung dieser Zone möglich ist.

Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass die Stadt nicht Straßenbaulastträger und damit Eigentümerin der B 214 ist, sondern die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Nds. Landesbehörde f. Straßenbau und Verkehr.

Nichtsdestotrotz wird die Verwaltung bei der Straßenbaubehörde eine Prüfung der Schäden in Auftrag geben.

Eine Geschwindigkeitsmessung hat Lt. Außenstellenleiter Wesselkämper stattgefunden. Die Ergebnisse weisen keine regelmäßig überhöhte Geschwindigkeit für diesen Bereich

aus.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, den Straßenbaulastträger auf den Einbau von verkehrsberuhigenden Maßnahmen (Nachtschaltung Ampel, Schwellen etc.) hinzuweisen. Von dieser Möglichkeit wird die Stadt Gebrauch machen und Gespräche mit den Verantwortlichen führen.

Ein Bürger fragt an, warum die Stadt den Bau des Altenheims genehmigt hat.

Bürgermeister Klütsch weist darauf hin, dass der Landkreis Osnabrück als Baugenehmigungsbehörde zuständig ist.

Eine Bürgerin fragt an, ob auf der B 214 zum Kindergarten hin, eine Querungshilfe oder Fußgängerampel eingerichtet werden kann. Ebenso wird angefragt, wo und wann die Messungen stattgefunden haben.

Bürgermeister Klütsch teilt mit, dass es sich nicht um einen Unfallschwerpunkt handelt. Er weist darauf hin, dass die Stadt versuchen wird, hier eine Querungshilfe zu beantragen. Die Messungen haben gegenüber vom Altenheim zu unterschiedlichen Zeiten stattgefunden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Bürgermeister Klütsch um 21:46 Uhr den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung, bedankt sich beim Vertreter der Presse sowie bei den Zuhörerinnen und Zuhörern recht herzlich und wünscht einen guten Nachhauseweg.

---

Bürgermeister

---

Protokollführer